

AUFRUFE UND OFFENE BRIEFE DES HERBSTES '89

Deutsches Theater

26. 9. 89

Offener Brief

An den
Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Willi Stoph

Herr Ministerpräsident!

Jeder trägt Verantwortung für das Ganze.
Wir können nicht mehr schweigen.
Es ist jetzt von äußerster Dringlichkeit,
den Menschen ein Zeichen zu geben, denen, die diesem Land
den Rücken kehren, - in Form der Auswanderung oder in Form
der inneren Emigration - und auch denen, die, von tiefer
Sorge um die Zukunft dieses Landes erfüllt, willens und bereit
sind, sich an der gesellschaftlichen Entwicklung zu beteiligen.

Ein Schritt ist nötig, welcher deutlich macht, daß diese Men-
schen gebraucht werden, daß ihre Meinung Gewicht hat.

Öffnen Sie die Massenmedien in unserem Lande für das Gespräch
über unser Land und lassen Sie die Resolution der Berliner
Schriftsteller vom 14. September 1989 im ND abdrucken.

Lassen Sie die Gedanken von "Neues Forum" und anderen veröffent-
lichen, daß die Menschen in Kenntnis der Texte selbst nachdenken
können, und lassen Sie dies einen Anfang sein.

Die praktizierte Medienpolitik in unserem Lande dreht die Köpfe
der Menschen mit Gewalt in Richtung Westen.
Das Denken dort ist ein anderes, aber wir können auch das nur
ändern, wenn wir hier beginnen, anders zu denken.

Streiten wir nicht über Formen der Demokratie,
sprechen wir über den Inhalt.

Die Probleme, vor denen die Menschheit steht, sind nicht mehr
zu verdrängen und sie sind nicht im Alleingang zu lösen, da-
zu braucht es alle Kraft aller Menschen.

Im Sinne unserer Republik, der öffentlichen Sache,
Sie haben die Macht.

Mit freundlichem Gruß

Berlin, 26. September 89

Gewerkschaftsgruppe
künstlerisches Personal
und Vertrauensleute
Deutsches Theater

Berlin, den 22.10.89

Sympathie-Erklärung für „Neues Forum“
Obwohl ich schon seit längerer Zeit von
Ihrer Existenz wusste, ist es mir erst heute
möglich gewesen, Ihre Schrift zu lesen.
Ihre Ziele haben meine volle Zustimmung!
Ich arbeite auf unterster Ebene in der Tech-
nik beim ADN und werde in vier Monaten
Rentner. Wenn ich Ihnen nützen kann,
würde ich mich sehr gern zur Verfügung
stellen.

Hochachtungsvoll E.F.

Liebe Frau Bohley,
ich bin 37 Jahre alt und Verlagslektor. Es
freut mich sehr, dass Sie nun endlich ein-
mal in der DDR-Presse zu Wort kommen.
Da es sich beim Neuen Forum um den Wil-
len zu politischer Ehrlichkeit und Erneue-
rung handelt, erkläre ich hiermit meinen
Beitritt. Am 4. November fahre ich für
zwei Wochen in die BRD (privat/ natürlich
komme ich wieder).
Ich grüße Sie recht herzlich J.W.

Sondershausen, den 24.10.89

Liebe Kollegin Bohley!
Mit großer Freude haben wir Dein Engage-
ment verfolgt und werden die Arbeit des
Neuen Forums unterstützen. Mein Freund
und ich (Maler und Grafiker) senden Dir
per Post 100,00 Mark als kleinen Beitrag.
Laßt euch nicht entmutigen!
R.K. und G.J.

Zum Aufruf der Initiativgruppe „Sozialdemokratische Partei in der DDR“

12. September 1989

So kann es nicht weitergehen! Viele warten darauf, dass sich etwas ändert.
Das aber reicht nicht aus! Wir wollen das unsere tun. Die notwendige
Demokratisierung der DDR hat die grundsätzliche Bestreitung des Wahr-
heits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei zur Voraussetzung.

Wir brauchen eine offene geistige Auseinandersetzung über den Zustand
unseres Landes und seines zünftigen Weges. Das bedarf programma-
tischer Bemühungen und solcher Bürger, die die dafür notwendige
Kompetenz mitbringen bzw. gewinnen wollen.

Wir, die Unterzeichnenden, halten für den künftigen Weg unserer Ge-
sellschaft die Bildung einer sozialdemokratischen Partei für wichtig.
Unser Ziel: eine ökologisch orientierte soziale Demokratie

Das erfordert die klare Trennung von Staat und Gesellschaft und

- die sozialen, kulturellen und politischen Grundrechte der Bürger
und die ihnen entsprechende Wahrnehmung von Verantwortung zu
ermöglichen, zu stärken und zu schützen;
- den Schutz der natürlichen Umwelt und die Sicherung von Res-
ourcen und Lebensmöglichkeiten für kommende Generationen zu
gewährleisten.

Wir fordern alle, die den nachfolgenden unverzichtbaren programmati-
schen Orientierungen zustimmen, auf, sich vor Ort zusammenzuschließen.

- Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung,
- parlamentarische Demokratie und Parteienpluralismus,
- relative Selbständigkeit der Regionen (Länder), Kreise, Städte und
Kommunen (finanziell, wirtschaftlich, kulturell),
- soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung
undemokratischer Konzentrationen ökonomischer Macht,
- Demokratisierung der Strukturen des Wirtschaftslebens
- Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht.

Wir suchen mit allen, die sich zu diesen Grundprinzipien zusammen-
finden, solidarische und verbindliche Organisationsformen. Wer sich mit
uns nicht in Übereinstimmung sieht, erkläre sich und bestimme seine
eigene demokratische Perspektive. Wir suchen ein Bündnis mit allen, die an
einer grundlegenden Demokratisierung unseres Landes mitarbeiten wollen.

Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack, Ibrahim Böhme

Dresden, den 6. Oktober 1989

Auszug: Das Ensemble des Staatsschauspiels Dresden

Wir treten aus unseren Rollen heraus.

Die Situation in unserem Land zwingt uns dazu.
Ein Land, das seine Jugend nicht halten kann, gefährdet
seine Zukunft.

Eine Parteiführung, die ihre Prinzipien nicht mehr auf
Brauchbarkeit untersucht, ist zum Untergang verurteilt.

Ein Volk, das zur Sprachlosigkeit gezwungen wurde, fängt an,
gewalttätig zu werden.

Die Wahrheit muss an den Tag.

Unsere Arbeit steckt in dem Land. Wir lassen uns das Land
nicht kaputt machen.

Fünf Tage vor dem Fall der Mauer, am 4. November 1989, forderten etwa 500.000 Menschen auf dem Berliner Alexanderplatz radikale Veränderungen in der DDR. Die Demonstration wurde von Mitarbeiter_innen Ost-Berliner Theater organisiert und setzte sich für Presse- und Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein. In der Erinnerung vieler Teilnehmer_innen war es ein Akt der Befreiung und der Selbstbestimmung.



„Es ist, als habe jemand die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengedresch und bürokratischer Willkür.“

Schriftsteller Stefan Heym

„An den 4. November denken geht einher mit einer gewissen Leichtigkeit, die mir sonst nur bei Verliebtheit oder im Frühling gelingt.“

Schauspielerin Jutta Wachowiak

Parolen der Demonstrantinnen und Demonstranten:

Es geht nicht mehr um Bananen, jetzt geht's um die Wurst	Als Mitglied der SED fordere ich die sofortige Legalisierung der Opposition!
Versammeln statt vergammeln	Stoppt die Rechtsradikalen in der DDR!
Im Frühling die Wahl frisiert, im Sommer China gratuliert, im Herbst ein wenig korrigiert – Die SED hat ausregiert!	Stell dir vor, es ist Sozialismus – und keiner geht weg!
Rücktritt ist Fortschritt	Vorwärts zu neuen Rücktritten
Visafrei bis Hawaii	SED – NEE!

„Für unser Land“ war ein Aufruf von 31 DDR-Bürgerinnen und Bürgern, der am 26. November 1989 verfasst und auf einer Pressekonferenz am 28. November in Ost-Berlin veröffentlicht wurde.

Neues Deutschland

vom 29.11.1989

Für unser Land

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben. Die Führung einer Partei hatte sich die Herrschaft über das Volk und seine Vertretungen angemaßt, vom Stalinismus geprägte Strukturen hatten alle Lebensbereiche durchdrungen. Gewaltfrei, durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen, der sich in atemberaubender Geschwindigkeit vollzieht. Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluß zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten.

Entweder

können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder

wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinbart wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.

Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Hoffnung und unsere Sorge teilen, rufen wir auf, sich diesem Appell durch ihre Unterschrift anzuschließen.

Berlin, den 26. November 1989

Erstunterzeichner:

Götz Berger, Rechtsanwalt; Wolfgang Berghofer, Kommunalpolitiker; Frank Beyer, Regisseur; Volker Braun, Schriftsteller; Reinhard Brühl, Militärhistoriker; Tamara Danz, Rocksängerin; Christoph Demke, Bischof; Siegrid England, Pädagogin; Bernd Gehrke, Ökonom; Sighard Gille, Maler; Stefan Heym, Schriftsteller; Uwe Jahn, Konstruktionsleiter; Gerda Jun, Ärztin/Psychotherapeutin; Dieter Klein, Politökonom; Günter Krusche, Generalsuperintendent; Brigitte Lebentrau, Biologin; Bernd P. Löwe, Friedensforscher; Thomas Montag, Mediziner; Andreas Pella, Bauingenieur; Sebastian Pflugbeil, Physiker; Ulrike Poppe, Hausfrau; Martin Schmidt, Ökonom; Friedrich Schorlemmer, Pfarrer; Andree Türpe, Philosoph; Jutta Wachowiak, Schauspielerin; Heinz Warzecha, Generaldirektor; Konrad Weiss, Filmemacher; Angela Wintgen, Zahnärztin; Christa Wolf, Schriftstellerin; Ingeborg Graße, Krankenschwester.

Walter Janka, der – wie bekanntgegeben wurde – aus organisatorischen Gründen an der Pressekonferenz nicht teilnehmen konnte – stimmt dem Aufruf zu, hat diesen noch nicht unterzeichnet.

VERANTWORTLICH / KONZEPTION:

Franziska Richter • Forum Berlin
Abini Zöllner • freie Journalistin

GESTALTUNG:

Typografie/im/Kontext

QUELLE:

Robert-Havemann-Gesellschaft
Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung

Mit Dank an die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.